

11.11.2024

Neudruck

Kleine Anfrage 4752

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias und Markus Wagner AfD

Regierungspräsidenten richten sich in einem gemeinsamen elfseitigen Brandbrief an Ministerin Josefine Paul – Reaktion der Ministerin auf die gescheiterte Rückführung des späteren Solingen-Attentäters nach Bulgarien im Sommer 2023 wird „zerpflückt“

Wie aus einem Bericht der WAZ¹ hervorgeht, haben sich die fünf Regierungspräsidenten bereits am 20. September in einem gemeinsamen elfseitigen Schreiben an Flüchtlingsministerin Josefine Paul (Grüne) gewandt. Dabei haben sie laut WAZ deren Reaktion auf die gescheiterte Rückführung des späteren Solingen-Attentäters nach Bulgarien im Sommer 2023 „zerpflückt“.

In dem Schreiben meldeten die Regierungspräsidenten angeblich Zweifel an den Maßnahmen der Landesregierung zur Steigerung der Erfolgsquote bei Dublin-Überstellungen an.

In einem Erlass vom 30. August hätte Ministerin Paul die Bezirksregierungen aufgefordert, „die bestehenden rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten in Bezug auf Dublin-Überstellungen künftig konsequenter und effizienter zu nutzen“. Mit dem Erlass forderte die Ministerin von den fünf Zentralen Ausländerbehörden in Bielefeld, Coesfeld, Essen, Köln und Unna, dass „künftig die Anwesenheit von ausreisepflichtigen oder zur Festnahme ausgeschriebenen Asylbewerbern in den Landeseinrichtungen systematischer erfasst werden müsse. Es sei stets zu prüfen, ob ein zweiter Überstellungsversuch von Dublin-Fällen unternommen werden kann.“

Wie aus dem Bericht der WAZ hervorgeht, wollen die Regierungspräsidenten allerdings ihren Ausländerbehörden nicht die Verantwortung für gescheiterte Rückführungen zuschieben lassen. Aufgrund der Größe der Landeseinrichtungen sei eine lückenlose Ein- und Auslasskontrolle durch die Sicherheitsdienstleister nicht zu gewährleisten.²

Kritik wurde auch am Buchungssystem DiAS geübt. Es sei „kein, die relevanten Prozessabläufe der Flüchtlingsunterbringung funktional abbildendes Fachverfahren, aus dem sich die Informationen zur Erfüllung der bestehenden Kontrollnotwendigkeiten gewinnen lassen“, hieße es in dem Schreiben. Angeblich gäbe es „Schnittstellenprobleme mit örtlichen Zugangssystemen der Landesflüchtlingseinrichtungen“ sowie „einen Formulkrieg mit pdf-Dokumenten“. Aus dem Brandbrief soll zudem hervorgehen, dass „teilweise die Einrichtungsleitungen gar nicht wissen könnten, welche Bewohner ausreisepflichtig sind und wer genau sich einer Abschiebung entzogen hat, da nicht jeder Flüchtling den Mitarbeitern bekannt sei“. Weiter heißt es: „Insofern kann auch nicht nachvollzogen werden, wann ein

¹ Vgl. <https://www.waz.de/politik/article407564743/solingen-anschlag-bringt-abschiebe-erlass-in-nrw-nichts.html>

² Ebd.

Bewohner nach einer kurzfristigen Abwesenheit wieder in der Einrichtung ‚gesichtet‘ worden ist.“³

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Welche weiteren Kritikpunkte gehen aus dem Brandbrief der Regierungspräsidenten hervor? (Bitte in diesem Zusammenhang der Antwort auf die Kleine Anfrage das Schreiben der Regierungspräsidenten in voller Länge hinzufügen)
2. In welcher Form hat die Landesregierung auf den Brandbrief reagiert? (Bitte etwaige Antwortschreiben der Landesregierung der Antwort auf die Kleine Anfrage hinzufügen)
3. Wie positionierte sich die Landesregierung insbesondere auf die vorgebrachte Kritik der Regierungspräsidenten am Erlass vom 30. August 2024? (Bitte den betreffenden Erlass der Antwort auf die Kleine Anfrage hinzufügen)
4. Wie positioniert sich die Landesregierung im Zusammenhang mit der vorgebrachten Kritik am Buchungssystem DiAS?
5. Inwiefern trifft es zu, dass die Einrichtungsleitungen in den Landeseinrichtungen nicht wissen, welche Bewohner ausreisepflichtig sind?

Enxhi Seli-Zacharias
Markus Wagner

³ Ebd.